

Einweihung der erneuerten Hängebrücke liebenswürdig auf das Rednerpodest hilft, nur früher. Ein Leben, sagt er, wie das von Hans-Dietrich Genscher würde ihm nicht schlecht gefallen: ein bisschen Anwalt, ein bisschen Politik und viel Familie.

Kurz – wenn es nicht unbedingt sein müsste, würde Gerhard Schröder am liebsten nicht noch einmal antreten als Kanzlerkandidat, einerseits. Andererseits: Wer denn sonst? Natürlich will Schröder Erfolg, auch hier und jetzt. Nie hat er in seinem Leben etwas anderes gewollt.

Und deshalb ist er natürlich doch nervös, wenn er darüber nachdenkt, was aus seinen Reformen werden wird. Ihn ärgert, wie schnell der gute Geist von Neuhardenberg verfliegen ist. Es wurmt ihn, dass er am Ende als ein Kanzler in die Geschichtsbücher eingehen könnte, der die Geschichte seines Regierungstags nicht kann.

Umso wichtiger ist es ihm deshalb, seine relativ bescheidene Körpergröße von 1,74 Meter vor den Fernsehkameras unter die Hochwasser-Messlatte am Rande der Altstadt zu positionieren, um sich und der Welt zu vergegenwärtigen, wie hoch einem das Wasser über den Kopf wachsen kann, und man überlebt es doch.

SPD 30 Prozent, CDU/CSU 45 Prozent? „Wenn man so lange aktiv Politik betreibt, an vorderster Stelle, relativieren sich Umfragen gelegentlich“, hat Schröder vor seinem Abflug nach Grimma gesagt. „Die Situation, die wir, was Umfragen angeht, jetzt haben, unterscheidet sich nicht signifikant von der im letzten Jahr.“ Außerdem sind seine persönlichen Sympathiewerte noch immer doppelt so hoch wie die der SPD.

Und genau deshalb, um sich selbst noch einmal zu bestätigen, wie schnell sich das Blatt wenden kann, hat der Kanzler keinen Augenblick gezögert, auf den Tag genau ein Jahr nach der Flut die Einladung des jungen, resoluten Bürgermeisters Matthias Berger nach Grimma anzunehmen – zumal dieser symbolträchtige 13. August jetzt auch noch der Tag ist, an dem er sich mit seinem Kabinett „eine der größten Anstrengungen“ zugemutet hat, „die in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik je gemacht worden ist“.

Die Anspannung, für die dieser Kraftakt gesorgt hat, zittert zunächst noch in seiner Stimme, als er ihn in einer zweistündigen Pressekonferenz zu verkaufen versucht.

Doch je länger diese Veranstaltung dauert, desto deutlicher wird, wie sich Schröders persönliche Sicherheit, seine politischen Erfolgserlebnisse und das Amt des Regierungschefs zu einer Deutungsmacht verdichten, die dem Kanzler eine elitäre und schwer anfechtbare Position in der Mediengesellschaft verschafft.

Wie einst Helmut Kohl bestimmt jetzt Gerhard Schröder ziemlich selbstherrlich, was „vernünftig“ ist und „notwendig“ und „naturgemäß“. Seine Rede ist gespickt mit Formeln, die seinen subjektiven Blick auf die Welt zur allein gültigen Sichtweise erheben: „So ist das nun mal.“ „Alles hat seine Zeit.“ „Alles hängt mit allem zusammen.“ „Das ist so in Ordnung.“



Urlauber Schröder*
Bürgerliches Behagen

SCHEFFEN / BILDZEITUNG

Gerhard Schröder ist gewiss kein Mann, der zur Einsamkeit neigt oder zum hochnäsigen Rückzug von seinen Mitmenschen. Er liebt es auch, über wichtige Themen mit vielen zu sprechen und ein breites Meinungsspektrum einzubeziehen. Doch bringen es sein Amt, inzwischen auch seine Jahre und seine Erfolgsbilanz in der Politik mit sich, dass er nicht nur in der Sache entscheidet und verantwortlich, sondern dass er auch so gut wie jede Kommunikation beherrscht.

Der Kanzler redet, wann und worüber und wie lange er Lust hat. Er bestimmt das Thema, erteilt das Wort, unterbricht, hört zu und demonstriert, dass er zuhört. Das kann mitunter sehr schroff geschehen, manchmal auch subtil und taktvoll. Wer, wie Gerhard Schröder, mit einer besonderen Sensibilität für Nuancen, Tonfälle und atmosphärische Schwingungen ausgestattet ist, verfügt auch über eine breite Skala möglicher Interventionen – Wortführerschaft ist ein Machtinstrument.

Bisweilen staunt, wer Gerhard Schröder lange kennt, über seine Fähigkeit, sich in kleinen Kreisen unaufdringlich und liebenswürdig zu bewegen. Er erschrickt aber auch, wie herrisch und rücksichtslos sich derselbe Mann – wie ein Ritter, der sein Visier herunterklappt – zu einer geschlossenen Veranstaltung verhärten kann, sobald er sich durchsetzen will.

Dass Schröder in solchen Augenblicken zunehmend an seine Vorgänger erinnert, hat nichts mit einer wachsenden Zuneigung zu Helmut Schmidt oder Helmut Kohl zu tun. „Die Verwandlung des Amtes durch den Menschen“, hat Joschka Fischer einmal gesagt, „dauert etwas länger als die Verwandlung des Menschen durch das Amt.“



ANSCHLÄGE

Reuiger Schurke

Das libysche Regime kauft sich von alten Terrorsünden frei.

Nach den Familien der Lockerbie-Opfer sollen nun auch Deutsche entschädigt werden.

Zwei Jahrzehnte lang gefiel sich der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi in der Rolle des Schurken von Weltrang. Er ließ bomben, morden, und seine Leute holten voll besetzte Flugzeuge vom Himmel.

Inzwischen gibt sich der 60-Jährige geläutert, als gemäßigter Staatsmann, Partner im Kampf gegen Osama Bin Laden – und vor allem will er sich von den Sünden der Vergangenheit freikaufen: In der vergangenen Woche gaben seine Unterhändler nach jahrelangen Verhandlungen 2,4 Milliarden Euro Entschädigung für jene Familien frei, deren 270 Angehörige 1988 bei einem Anschlag auf einen voll besetzten Pan-Am-Jumbo über dem schottischen Lockerbie starben. Im Schnitt knapp neun Millionen Euro pro Opfer.

Womöglich noch in diesem Jahr wird Gaddafi erneut zahlen – und diesmal würden es vor allem deutsche Opfer sein, bei denen sich das Regime mit Barem für das Leiden entschuldigen möchte. Nach Lockerbie will Libyen möglichst zügig auch jenen Fall erledigen, der ebenfalls als Symbol für die Tattaten des Regimes gilt: 1986 starben bei einem Anschlag auf die Berliner Discothek „La Belle“ drei Menschen, über 200 wurden verletzt. Unter den Toten waren auch zwei US-Soldaten. Zur Vergeltung schickte die amerikanische Regierung damals Bomber nach Libyen. Gaddafi überlebte, aber seine zweijährige Adoptivtochter kam bei den Angriffen um.

Schon deshalb galt ein Zugeständnis des libyschen Führers in dieser Sache lange als undenkbar. Aber im Frühjahr signalisierten die Libyer den Deutschen, sie seien bereit, auch im Fall La Belle zu zahlen, eine schnelle Lösung liege ihnen sehr am Herzen.

* Auf einem Wochenmarkt in Hannover.



Attentatsziele Lockerbie-Jumbo (1988), Berliner Discothek „La Belle“ (1986): Nägel rissen grässliche Wunden

Das hat vermutlich weniger mit echter Reue und mehr mit handfesten politischen und wirtschaftlichen Interessen des Wüstenstaates zu tun: Libyen will, dass die Uno und die USA endlich ihre Handelsembaragos außer Kraft setzen.

Seit Gaddafi mit seinen Öl-Millionen für die Bundesregierung das Geiseldrama auf Jolo lösen ließ (SPIEGEL 38/2000), sind die dankbaren Deutschen darum bemüht, seinen einstigen Schurkenstaat bei der Rehabilitation zu unterstützen: Der Kanzler dankte Gaddafi, und dessen Sohn Seif al-Islam durfte in Honeckers altem Staatsratsgebäude eine Kunstaussstellung („Die Wüste schweigt nicht“) vorführen.

Dass La Belle-Opfer freilich sogleich versuchten, die antiken Stücke pfänden zu lassen, erinnerte beide Seiten an die hässliche Geschichte, die noch aus der Welt geschafft werden muss. Kanzleramt und Außenminister Joschka Fischer machten weiter Druck: Zumindest Reue müsse gezeigt werden, bevor die Täter von einst in aller Öffentlichkeit geherzt werden können. Schließlich hatte das Berliner Landgericht den libyschen Geheimdienst als Drahtzieher der Attacke ausgemacht.

Seit Monaten sitzt in Fischers Amt der Leiter des Referats Strafrecht immer wieder mit den Anwälten der Opfer zusammen. Gemeinsam feilen sie an Erklärungen und brüten über den ärztlichen Attesten der teilweise schwer Verstümmelten – die dem Sprengstoff beigefügten Nägel hatten grässliche Wunden gerissen. Der libysche Botschafter in Berlin, Said A. Mohammed, ein Vertrauter des Gaddafi-Clans, fungiert als Emissär nach Tripolis. Wer sich nach seiner Auffassung bei der Lösung der Causa besonders hervortut, wird mit einem goldenen Kugelschreiber belohnt.

Mohammeds Vorschlag, die Opfer nach den Tarifen der ADAC-Schmerzensgeldtabelle zu entschädigen, war freilich schnell vom Tisch. Seine Mandanten seien durch einen Terroranschlag und nicht durch einen Verkehrsunfall verletzt worden, beschied einer der Anwälte den Diplomaten kühl. Die Idee, eine deutsch-libysche Stiftung solle zahlen, blockte die Bundesre-

gierung ab. Deutsche Steuergelder könne man in einem solchen Fall nun wirklich nicht lockermachen.

Inzwischen wird bereits über konkrete Zahlen verhandelt. Vor zwei Monaten legte die „Interessengemeinschaft Entschädigung für die La-Belle-Opfer“ dem Auswärtigen Amt ihre Forderungen vor. Die Anwaltsrunde vertritt 67 der nicht-amerikanischen Opfer, darunter die Hinterbliebenen einer noch in den Trümmern ver-



Staatschef Gaddafi
Handfeste wirtschaftliche Interessen

bluteten 28-jährigen Türkin und den Betreiber der völlig zerstörten Discothek.

Jeweils eine Million Euro sollen die türkische Familie und der Disco-Wirt erhalten. Für jeden Verletzten soll eine halbe Million Euro pauschal überwiesen werden. Weil die Verwundungen von geplatzten Trommelfellen bis zu schwersten Verbrennungen und Amputationen reichen, soll später die Gesamtsumme dem Grad der Schädigung entsprechend aufgeteilt werden. Als Treuhänder soll die Bundesregierung fungieren, um Streitereien darüber, wer wie viel bekommt, zu vermeiden.

Alles in allem würde Libyen 40,25 Millionen Euro zahlen – inklusive einer Pau-

schale von 15 Prozent, mit der etwa Anwaltshonorare beglichen werden sollen. Die nicht von der Interessengemeinschaft vertretenen Opfer sollen die Möglichkeit bekommen, sich den ausgehandelten Tarifen anzuschließen. „Wir sind zuversichtlich, dass die Angelegenheit noch in diesem Jahr abgeschlossen wird“, sagt der Berliner Rechtsanwalt Burkhard Kötke, einer der Sprecher der Interessengemeinschaft. Auch im Auswärtigen Amt ist man optimistisch.

Mit solchen Summen tun sich die Libyer offenbar nicht sonderlich schwer. Zwar liegen sie deutlich über sonst in Deutschland üblichen Schmerzensgeldbeträgen, aber weit unter den bei Lockerbie angewandten US-Sätzen. Außerdem gibt es bisher keine Forderung, dass Libyen, wie im Fall Lockerbie, ausdrücklich die Verantwortung für die Terrorat übernimmt.

Als großer Stolperstein gelten allerdings noch unterschiedliche Vorstellungen diesseits und jenseits des Atlantiks. In den USA sind auch Klagen von La-Belle-Geschädigten gegen Gaddafi persönlich anhängig, in denen Summen gefordert werden, gegen die sich die deutschen Forderungen wie Kleingeld ausnehmen: Strafzahlungen und Schadensersatz in Höhe von rund drei Milliarden Dollar soll Gaddafi danach den Familien der beiden getöteten US-Soldaten und rund 60 amerikanischen Verletzten zahlen. Andreas Schulz, Anwalt vieler US-Opfer, ist sich deshalb noch keineswegs sicher, dass der deutsche Deal funktioniert: „Libyen hat großes Interesse, den Fall insgesamt zu lösen, und da wird es auf die Höhe der Entschädigung ankommen.“

Zudem ist noch zweifelhaft, ob Gaddafi damit die Sanktionen aus der Welt bekommt – dafür waren es der Sünden vielleicht zu viele: Die französische Regierung, die ein Ende des Uno-Boykotts per Veto verhindern könnte, drohte Ende vergangener Woche bereits, sie habe da auch noch eine Rechnung offen: wegen eines Bombenanschlags auf ein Flugzeug 1989, bei dem 53 Franzosen starben. Die 31 Millionen Euro, die Gaddafi bislang in dieser Sache hat auszahlen lassen, findet Paris unterhalb jedes Tarifs.

GEORG MASCOLO